

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Balg.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 34.

Donnerstag den 9. Februar 1922

162. Jahrgang

Ende der Woche wieder Vollbetrieb.

Der Streik im allgemeinen abgebrochen.

Hamburg-Altona streiken weiter.

Halle, 9. Febr. Nachdem gestern nachmittag in Halle noch Versammlungen stattgefunden haben, beginnt das streikende Personal, insbesondere Lokomotivführer und Zugbegleitpersonal, in großen Mengen sich an den Bahnhöfen zum Dienst zu melden. Auf dem Falkenberger Rangierbahnhof ist außerdem und aufangiert. Die leeren Kohlenwagen sind schon nach den Straßen abgefahren. Nicht fertige Züge stehen fahrbereit da. Sobald sich das Personal meldet, können sie abgefahren werden.

Mittwoch abend verkehrten nach Berlin D-Zug 44, D-Zug 49 und D-Zug 33. Dann sind am Mittwoch von Berlin zwei Personenzüge glatt durchgekommen. Am gleichen Abend kam noch ein Zug von Berlin 808. Heute fährt der D-Zug 2 von Berlin bis Bafel durch mit einem Salon- und zwei Schlafwagen für die deutschen Bevollmächtigten für die Senfer Verhandlungen. Im übrigen führt der Zug noch einen Schlafwagen und Personenzug für den öffentlichen Verkehr.

Der Expresszug- und Paketverkehr ist für den ganzen Direktionsbezirk mit Ausnahme von Station Corbeia und der Strecken Namitz-Bindenau bis jetzt wieder aufgenommen. Desgleichen gilt für die Stationen in den Bezirken des Reichsamtes Halle, Torgau, Cottbus und Dessau. Nur der Bezirk Leipzig ist noch ausgenommen.

Eine stark besuchte Eisenbahner-Versammlung beschloß die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Es gelangte ferner eine Entschließung zur Annahme, in der erklärt wird, daß man bei event. Weiterungen der Führer des Streiks reiflos für diese eintreten werde.

Treben, 9. Febr. Die Reichsgewerkschaft hatte Mittwoch einen Aufruf zur Beendigung des Streiks erlassen. Praktische Wirkung hat derselbe jedoch bis zum Abend nicht gezeigt.

Wreslau, 9. Febr. Die Eisenbahndirektion Wreslau teilt mit, daß, soweit sich bisher überlegen läßt, der Verkehr wieder langsam in Gang kommt. Man hofft, ab Donnerstag wieder einen gewissen Verkehr durchführen zu können.

Karlsruhe, 9. Febr. Nach im Laufe des gestrigen Nachmittags ist der Eisenbahverkehr wieder aufgenommen worden. Auf Anordnung des Ministers des Innern wurde die Befehlsung der Bahnhöfe durch Polizeitruppen durchgeführt.

Frankfurt a. M., 9. Febr. Der Bahnhof Homburg wurde gewaltsam von den Streikenden besetzt. Hamburg, 9. Febr. Die Lage in Hamburg ist unruhig. Allerdings wurde der elektrische Vorortverkehr zwischen Altona und Blankenese wieder aufgenommen. Es verkehrt ferner ein Zug. Eine offizielle Mitteilung vom Streikabbruch lag aus Berlin an maßgebender Stelle bis Mittwoch mittag noch nicht vor.

Am Eisenbahndirektionsbezirk Altona sind die Eisenbahner dem Beschloß der Berliner Streikleitung nicht gefolgt. In einer Mittwoch nachmittag abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, im Streik zu beharren.

Der amtliche Lagebericht des Reichsverkehrsministeriums von Mittwoch verzeichnet mit Genugtuung, daß an vielen Orten die Beamten zu ihren Dienststellen bereits zurückgekehrt sind, daß hier und da sogar die Technische Hilfskräfte zurückgenommen werden können, daß auf einzelnen Strecken auch bereits wieder Schnellzüge gefahren sind, andererseits scheint sich aber gerade in Berlin noch eine gewisse Ablehnung gegen die Wiederaufnahme der Arbeit geltend zu machen.

Wedenfalls wird der Volkverkehr im gesamten deutschen Eisenbahnnetz erst Ende der Woche wieder aufgenommen werden.

Infolge des Aufstandes der Eisenbahnarbeiter und vor allem des Reparaturstandes der Lokomotiven wird auch daran noch nicht die vor dem Streik erreichte Betriebsleistung erzielt werden.

Der Reparaturstand der Lokomotiven ist deshalb so hoch, weil durch das plötzliche Verlassen der Lokomotiven beim Ausbruch des Streiks durch den großenteils die Teile der Lokomotiven zertrümmert worden sind. Der dadurch entstandene Schaden ist auf mehrere hundert Millionen Mark zu bemessen.

Die Richtlinien für die Maßregelungen.

Berlin, 9. Februar. Die Reichsregierung stellte gestern nachmittag in einer Kabinetsitzung die Richtlinien auf, nach denen die Maßregelung der streikenden Eisenbahner erfolgen soll. Das „Merseburger Tageblatt“ teilt mit, daß folgende Richtlinien aufgestellt seien:

1. Das ordentliche Disziplinarverfahren wird eingeleitet gegen Beamte, die Urheber des Streiks sind, soweit sie Sabotage oder gewaltsame Eingriffe in den Betrieb ausüben oder Beamte in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht mit Gewalt oder Drohung gehindert haben.
2. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, soll nur auf Ermahnungsstrafen erkannt werden, sofern sie alsbald zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zurückkehren. Auf Geldstrafen soll nur in Sonderfällen erkannt werden.
3. Ueber das Dienstvergehen während der Streiktage gibt § 14 des Reichsbeamtengesetzes (Nichtbeachtung der Streiktage).
4. Soweit die Disziplinarverfahren bereits eingeleitet sind, sollen sie im Rahmen der Grundzüge zu 1. nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergeführt werden.

Wie das Blatt weiter mitteilt, sollen als Urheber nicht nur diejenigen Beamten, die an den Zentralstellen, sondern auch diejenigen, die im Reiche der Verwaltungsbezirken zum Ausdruck oder zur Fortsetzung des Streiks hervorgerufen mitgewirkt haben, gelten. Abwärtige Beamte, die unter 1 fallen, sind entlassen. Soweit sie schon entlassen sind, werden sie nicht wieder eingestellt. Das Beförderungsrecht wird nicht berührt. Die nicht unter 1 fallenden künftigen Beamten werden zur Beschäftigung wieder zugelassen, auch wenn sie schon entlassen worden sind. Das Kabinett beschloß auch gegen alle Beamten vorzugehen, die sich einer Beschäftigung oder Befähigung von Beamten kundig gemacht haben, die während des Streiks tätig waren.

Dagegen sollen alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, die der Allgemeinheit während des Streiks dadurch geschadet haben, daß sie für die Eisenbahnverwaltung auswärts Dienst taten, nicht nur doppelte Verluste, sondern auch Belohnung erhalten. Das gilt besonders für solche Beamte, die einen sonst außerhalb ihres Tätigkeitsbereiches liegenden Dienst unter ersperrten Umständen durchgeführt haben. Die Präsidenten der Eisenbahndirektion haben die Ermächtigung bekommen, im Einzelfalle bis zu 1000 Mark Belohnung zu zahlen. Schließlich bleiben in der Erstellung eines Lokomotivführers Amtliche Schappeneuermannen und anderen Vorkräften aus dem Betriebsbereich, die während des Streiks Dienst auf der Lokomotive getan haben.

Keine Verletzung des Beamtenrechts.

Die Auffassung, als ob die Richtlinien eine Verletzung des geltenden Beamtenrechts darstellen, trifft, wie offiziös erklärt wird, durchaus nicht zu. Das Beamtenrecht regelt nur das Befahren. Ein Regalitätsprinzip gibt es im Disziplinarverfahren nicht. An sich ist es also in die Hand der Verwaltungsbehörde gegeben, gegen wen und ob sie überhaupt das Disziplinarverfahren eröffnen will. Der Boden des geltenden Beamtenrechts ist also um keinen Zoll verlassen worden.

Eingeleitetes Disziplinarverfahren.

Halle, 9. Febr. Auf Anordnung des Reichsverkehrsministeriums ist gegen drei Führer der hiesigen Reichsgewerkschaft, den Eisenbahninspektor Sicker und gegen die Lokomotivführer Rohl und Wolf ein Disziplinarverfahren mit vorläufiger Dienstentlassung wegen Aufzögerung zum Streik eingeleitet worden.

Berlin, 9. Febr. Der 1. Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Edgar Jäger, hat sich am Mittwoch zum Dienstantritt im Reichsverkehrsministerium gemeldet, doch wurde sein Dienstantritt nicht angenommen, ihm vielmehr bedeutet, daß er sich als entlassen zu betrachten habe.

Die Betriebsräte im Ausland.

Die mehr oder weniger angenehmen Erfahrungen, die wir in Deutschland mit den Räten der Arbeiter in den einschläfernden Betriebsräten gemacht haben, und die immer größer werdende Gefährdung des deutschen Wirtschaftslbens durch das allgemeine Betriebsrätegesetz, veranlassen uns, die Betriebsrätefrage im Ausland zu betrachten.

In Deutschland hat die Bewirtlichung des Betriebsrätegesetzes nur Enttäuschung gebracht. Nach den Beschlüssen der davon betroffenen Industriellen und gewerblichen Kreise sind die meisten Betriebsratsmitglieder gerade wie in Deutschland auf den einseitigen gewerkschaftlichen Kampfstandpunkt eingestellt. Sie glauben nämlich, ihre Pflicht sei es, nur dann, die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber wahrzunehmen, während sie ganz die Aufgabe vermissen, zusammen mit dem Arbeitgeber dahin zu streben, daß der Betrieb leistungsfähig und jeder Konkurrenz gewachsen bleibt.

Auch in der Tschsch-Bonnet hat man mit den Betriebsräten schlechte Erfahrungen gemacht. Dort ist nach Mitteilung der „Sozialen Praxis“, September 1921 durch das Parlament das Betriebsrätegesetz verabschiedet worden. Aus der Vorlage wurde aus politischen Gründen das Wort „Räte“ eliminiert und dafür der Ausdruck „Auswahlgänge“ gesetzt. Man hofft jetzt durch das neue Gesetz, das am 1. Januar 1922 in Kraft getreten ist, die Arbeiterschaft günstiger zu stellen, namentlich auf dem Wege der Kollektivverträge.

Nach ungeheiß ist das Problem der Betriebsräte in den 3 nordischen Königreichen, die auf dem Wege der Sozialaffirmierung noch nicht so weit vorgeschritten sind. Die schwedische Regierung, die seit nur aus Sozialdemokraten besteht, hat allerdings schon Ende 1920 drei Kommissionen eingesetzt, welche die Fragen der Sozialaffirmierung begutachten und die Durchführung vorbereiten sollen. Eine dieser Kommissionen ist mit der Einrichtung der Betriebsräte beauftragt. In den Richtlinien der Kommission ist als Ziel gesetzt, den Arbeitnehmern eine solche Stellung zu geben, daß diese von sich her der Leitung der Betriebe folgen und Einfluß darauf ausüben können. Ob sich nun die Ideen der Kommission verwirklichen lassen, müssen mit der Zeit erst die praktischen Erfahrungen lehren.

In Christiania beschäftigt sich der norwegische Staat mit der Frage der Einwirkung der Arbeiterschaft in industriellen Betrieben. Das Gesetz betrifft Betriebe mit höchstens 50 Arbeitern, die unter das Arbeiterlohngesetz fallen oder in der Verbindung mit staatlichen Betrieben. Der Arbeiterausfluß soll nur gewährt werden, wenn der Betrieb der Arbeiter das verlangt. Die Frage der Beteiligung der Arbeiter an der Produktion ist auch in Dänemark noch ungeklärt. Es haben sich zwar, dem Beispiel anderer Staaten folgend, in den Betrieben Organe gebildet, sog. Vertrauensleute, welche die Vertretung der Arbeiter in allen Arbeitsangelegenheiten darstellen; aber wesentliche Vorteile sind den Arbeitern durch diese Einrichtung nicht zuteil geworden. Wenn überhaupt in diesen drei Ländern größere Forderungen zur wirksamen Beteiligung an den Betrieben von den Arbeitern erhoben werden, so gehen diese weniger von den Gewerkschaften, als von der sozialdemokratischen Partei aus.

Im Deutsche interessiert es besonders, wie es mit den Betriebsräten in dem republikanischen Frankreich aussieht. Dort ist man von einer gesetzlichen Regelung der Betriebsrätefrage noch weit entfernt. Ein Schritt auf dem Wege zu Arbeiterschaften wurde nämlich im März 1921 durch den Arbeiterverband unternommen, der die Einrichtung der Betriebsräte forderte. In der Begründung dieser Forderung wurde betont, daß die Einrichtung von Betriebsräten dem Bauern entgegensteht, die große Arbeitslosigkeit zu mildern. Ob diese Rätepläne in Frankreich sich durchsetzen werden, erscheint fraglich; bis zur endgültigen Vereinbarung dürfte sicher noch viel Zeit vergehen.

In Italien wurde nach Beendigung der großen Metallarbeiterbewegung von der Regierung ein selbständiger Gesetzentwurf über Arbeiterauswahl in ausgearbeitet. Dieser Entwurf gibt der Industrie die Möglichkeit eine Bedeutung, die weit über den Rahmen des deutschen Betriebsrätegesetzes hinausgeht. Insbesondere die Begründung der Betriebsrätekontrolle mit einem kollektiven Arbeitsvertragsvertrag über die Einrichtung von Kuratoren gegen dem Entwurf eine Tragweite, die der Praxis weitgehend neueartige Aufgaben stellt. Weiterhin wird ihm dem Zweck mit dem deutschen Betriebsrätegesetz die primäre Schaffung von Gewerkschaften, die ihrerseits die Betriebsrätekontrolle ausüben, während in Deutschland umgekehrt eine vom Arbeitgeber bestellte Besetzung gewählt wurde.

Nach Mitteilungen der New-Yorker Zeitung „World“ ist ein Arbeitsvertragsrecht der Arbeiter an der Betriebs-

Beilage zu Nr. 34 des Merseburger Tageblattes

Donners'ar, 9. den Februar 1922

Deutschland und Die Industriellen Chinas

Mit dem deutsch-chinesischen Wirtschaftsabkommen vom 20. Mai 1921 ist ein völliger Umschwung in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder eingetreten. Seit dem 16. Jahrhundert hatten die europäischen Völker es verstanden, sich mehr oder weniger durch gewalttätige Formen die erwünschtesten Vorteile zu verschaffen, dementgegen sie gekommen waren. Das anfängliche Entgegenkommen der chinesischen Regierung und Bevölkerung verbandelte sich daher in eine feindselige Haltung. Die Art und Weise, wie die Engländer nach dem Opiumkriege und die übrigen europäischen Staaten bei anderen Gelegenheiten die Schwäche der chinesischen Regierung ausnutzten, um sich Vorteile und Privilegien zu verschaffen, lassen uns nicht wundernehmen, daß die Europäer sich einer allgemeinen Unbeliebtheit erfreuten. Das ist in Bezug auf Deutschland jetzt anders geworden. Dadurch, daß Deutschland in dem genannten Abkommen den Verlust einer großen Reihe von Vorrechten anerkennen mußte, ist die Möglichkeit für künftige friedliche Wirtschaftsbeziehungen gegeben.

China ist das Land der Zukunft für den deutschen Kaufmann und Unternehmer. Alle Vorbedingungen für die von der Anteilung des Vostes geforderte und angeforderte Industriekultur des Landes sind vorhanden: eine fleißige, dichte Bevölkerung, ein tüchtiger Kaufmannstand, weit entwickelter Binnenhandel und gut organisierter Geldwirtschaft. Was China fehlt, das ist die technische Ausrüstung, um alle diese Vorbedingungen auszunutzen und sich zum Industriestaat zu entwickeln. Erz- und Kohlenlager haben der Erschließung, Fabriken, Schiffswerften, Licht- und Wasseranlagen, große Kraftanlagen an den zahlreich vorhandenen Strömen müssen angelegt werden, um das Land ausblühen zu lassen. Den Brennpunkt dieser Industriekultur aber bildet die schon in der Vorkriegszeit angelegte Eisenbahnfrage. Die günstige geographische Lage des Landes, die dichte Bevölkerung, der unter den einzelnen Provinzen bereits stark ausgeübte Handel und all die anderen Vorteile des Wirtschaftslebens können erst dann zu einer vollen Blüte kommen, wenn das weite Land von einem dichten Eisenbahnnetz durchzogen ist. In der richtigen Erkenntnis dieser Tatsache wurden schon in den Jahren 1870 und 1890-95 die ersten Bahnen von Europäern erbaut, aber man beging gleichzeitig den schwer wieder gutzumachenden Fehler, sich bei dieser Gelegenheit ein Recht von Interessensphären zu sichern, was den Kampf der Chinesen gegen die Fremdbesetzung hervorrief. Die 1909 begonnenen Verhandlungen über den Peking-Pantou-Plan, der eine Bahn-

Verbindung (Deutschland, England, Frankreich, Amerika, Rußland, Japan). Alle anderen großen Pläne, die sich an die Namen Schantung und Yantse anschließen, sind über die Revolution von 1911/12 und über den Weltkrieg nicht mehr zur Ausführung gekommen. Die Chinesen bauten unterdessen ihre Bahnen auf eigene Faust, sodaß sie 1910 mit der hochanzuerkennenden Leistung von 900 km dastehen konnten. Mögen auch die von amerikanischer Seite angestellten Berechnungen, das China in nächster Zeit noch 5000 km Eisenbahnen bauen müßte, etwas hoch erscheinen, so ist doch nicht zu leugnen, daß sich hier ein fruchtbares Betätigungsfeld für den fremden Kaufmann, Industriellen und Techniker aufstellt, wenn er es versteht, sich der Eigenart der chinesischen Bevölkerung anzupassen und aus den Ereignissen der Vorkriegszeit keine Lehren für die Zukunft zu ziehen. In erst einmal der Eisenbahnbau in großem Maßstabe aufgenommen, dann wird auch Hand in Hand mit ihm die Industriekultur des Landes vorwärtsschreiten, zum Nutzen nicht nur Chinas, sondern auch der an der Bewirtschaftung dieser Pläne beteiligten Staaten.

Politische Zustände

Wie der Eisenbahnstreik entstanden ist.

In der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“ wird von einem Eingeweihten der Sachverhalte gefaßt, daß der Eisenbahnstreik von Menne und Thiemme und zwei weiteren Führern der Reichsgewerkschaft bereits am 28. Januar über die Köpfe des Gesamtverbandes hinweg beschlossen worden ist. Im einzelnen verläufter darüber:

Am 31. Januar hat sich der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft mit dem zu unternehmenden Streik beschäftigt. In größter Heimlichkeit trat er nachmittags 2 Uhr im Weißen Saale des „Nordischen Hofes“ in Berlin zusammen. Die Sitzung, die sehr kurzweilig verlief, währte bis zum anderen Morgen 6 Uhr. 36 Mitglieder waren anwesend. Nur der Vertreter Württembergs schied. Zunächst entrante der Kampf darüber, ob der geschäftsführende Vorstand das Recht habe, den Streik zu erklären. Menne verteidigte entschieden dieses Recht und berief sich dabei auf die Satzung der Reichsgewerkschaft Paragraph 17, Abs. 7b, nach der der gesetzlichste Vorstand die Berechtigung hat, ausnahmsweise ohne Zustimmung des erweiterten Vorstandes in Fällen unvorhergesehener dringender Gefahr Dienstleistung anzuordnen. Eine sehr kurze Minderheit beirrat, was je nur unbedingter Streikwille geheimer dringender Gefahr handle. Oberinspektor Dinger behauptete konnte, daß es sich um einen Fall unvorher-

namte das Vorgehen Menne eine infame Unverschämtheit. Er stellte auch fest, daß bei dem Abgange des Ultimatum der Reichsgewerkschaft an die Reichsregierung sowohl Herr Menne, wie sein Vizepräsident Kommissar Thiemme sich für die Verletzung und sich nicht mehr auf der Geschäftsstelle hätten sehen lassen. Scharfshwerdt und Menne, die beiden Kommunisten, rieten zur Tat, ebenso der Vertreter der Reichsgewerkschaft 2. Stufe und der bayerische Helfer Groß. Nach zehntägigem Kampfe setzte Menne nachts 12 Uhr die Abstimmung durch. Ihr Ergebnis ist bekannt. Kaum war die Abstimmung vorüber, so wachte der Fernsprecher. Der erste Vorsitzende des Beamtenbundes Hägel und der Abgeordnete Remmers teilten offiziell mit, daß Ministerialdirektor von Schlieben sich für Freitag zu einer informativischen Besprechung mit den Organisationen bereit erklärt habe, von der man praktische Arbeit erwarten dürfte. Noch einmal sprachen Hägel und Huber gegen den Streik, aber vergebens, die vier Streikführer unter Menne Führung blieben bei ihrem Streik. Sie konnten ja auch gar nicht anders, für sie war die ganze Abstimmung eine Komödie. Dem Beschluß, der in der Nacht zum 1. Februar gefaßt wurde, hatten sie längst mit eigener Machtvollkommenheit vorgegriffen. Schon am 28. Januar hatten sie die Kuriers in die 21 Direktionsbezirke entsandt mit dem Auftrage, am 1. Februar, morgens 9 Uhr, den Bezirksvorsitzenden der Reichsgewerkschaft ein veriegeltes Schreiben zu übergeben, mit der Befehlung: „In der Nacht zum 2. Februar, 12 Uhr, ist der Betrieb still zu legen. Gezeichnet Menne, Thiemme.“ Ob die Mitglieder der Reichsgewerkschaft oder ihre geschäftsführende Vorstand den Streik wollten oder nicht, war also der keine Mennegruppe gleichgültig. Drei Tage bevor der Vorstand überhaupt gefragt wurde, war der Streik schon ins Land gegangen. Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß sich Menne mit den Führern der Kommissarführer im Land vorher heimlich verständigt hat, so daß er sie hinter sich wußte. Die große Masse wurde von ihm einfach überlistet. Als besonders bemerkenswert sei noch verzeichnet, daß sich in den von Scharfshwerdt geleiteten Streikkommissionen der menschenfreundliche Satz findet: „Nach Milchjüge, Viechjüge und Lebensmitteljüge sind nicht zu befürchten. Sie bleiben stehen, wo sie stehen.“ Es ist sicher, da über ganze Eisenbahnstrecken von kommunistischen Dreckjüchern aufgegeben ist. Dazu reigt auch die Frage an, wer den Streik, der täglich unabhägige Millionen kostet, finanziert. In Kraftwagen, die doch nicht billig sind, laufen die Kuriers der Gewerkschaft durchs Land und viele Tausend Streikenden sind zu unterliegen. Mit dem Kampfsatz der Reichsgewerkschaft, der 856 263 Mark beträgt, und den 50 000 Mark, die täglich von Postbeamten zufließen, ist die Sache doch nicht zu schaffen.

Die „weiße Schmach“ am Rhein.

Wie nunmehr durch ein amtliches Verfahren festgestellt wurde, ist am Abend des 22. Januar in der Nähe von Sobersberg ein 30 Jahre altes Mädchen von einem weissen Franzosen überfallen und verewaltigt worden. Das Verbrechen ist deshalb besonders schwer, weil es sowohl der Begleitung des Mädchens, wie auch einem hinzukommenden französischen Soldaten nicht gelang, das Mädchen von dem Anhold zu befreien. Die Untersuchung der Angelegenheit durch die französischen militärischen Stellen ist eingeleitet.

Eine politische Rede Lloyd Georges.

Amsterdam, 8. Febr. Aus London wird gemeldet: Im Unterhause gab Lloyd George eine Erklärung über die allgemeine politische Lage ab. Nachdem er den Erfolg der Washingtoner Konferenz erwähnt hatte, den er als eine der größten Errungenschaften der Weltgeschichte bezeichnet, wandte sich Lloyd George der britischen Politik gegenüber Frankreich zu. Er sagte, diese Politik sei eine Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit im Interesse des Friedens. Unsere Schritte oder die Methoden laufen bei den beiden beteiligten Staaten nicht immer gleich. An diesem Punkte müssen dann Verhandlungen eintreten. Sie müssen Frankreich das Gefühl geben, daß es nicht isoliert ist, daß es nicht verlassen ist. Geben Sie ihm Vertrauen und Sie schaffen Ruhe. Sie müssen Deutschland das Gefühl geben, daß eine Neuauflage der Politik nicht nur Frankreich, sondern auch alle anderen Länder zu bewaffnetem Widerstand veranlassen würden. Lloyd George wandte sich dann der inneren Politik zu und sagte: Wir geben gegenwärtig über 100 Millionen für die Verbesserung der Arbeitslosen aus. Sparfamkeit ist wahrscheinlich das wichtigste Moment, das in dieser Parlaments-Session zur Beratung gelangt.

Der rumänische Kommunizierungsprozess.

Bukarest, 8. Februar. Der Prozess gegen die 300 rumänischen Kommunizierten begann die Regierung zur Durchführung umfangreicher Vorbereitungsmaßnahmen. Die Gerichtsverhandlungen finden in zwei großen Militärkasernen statt. Die beiden Gerichtsgebäude werden sorgfältig bewacht. Während der Gerichtsverhandlungen steht auf einer besonderen Tribüne ein Zug Soldaten mit scharfgeladenen Gewehren. Desgleichen sind zwei Maschinengewehre in Bereitschaft, um bei einer Revolte der zahlreichen Angeklagten sofort eingreifen zu können. Die Angeklagten haben in einer der letzten Gerichtsverhandlungen erklärt, daß sie geschlossen in den Hungerstreik treten würden, wenn seitens der Gefängnisbehörden ihre gegenwärtig menschenunwürdige Lage nicht gebessert werden würde.

Am 16. Februar Wahlen in ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 8. Februar. Die Regierung hat sich gemeinschaftlich mit der Regierungspartei der vereinigten Wägen und Landwirte entschlossen, die Nationalversammlung mit dem Ablauf ihres Mandats am 16. Februar auch dann

auszulösen, wenn sie das ihr vorgelegte Gesetz betreffend die Beschränkung des Wahlrechts bis dahin nicht erledigt hat. Die ungarische Regierung wird in diesem Falle die neue Wahlordnung im Verordnungswege in Kraft setzen, die Wahlen in der ersten Jahreshälfte anordnen und in der ersten Sitzung des neuen Parlaments das Gesetz über die Wiedereinsetzung des Magnatenhauses beschließen lassen.

Aus Provinz und Reich

Beendigung des Leipziger Straßenbahnerstreiks.

Leipzig, 7. Febr. In der am Dienstag vormittag stattgefundenen Gesamtsitzung, die sich mit der Frage des Eisenbahnerstreiks befaßte, stimmte der Rat der Stadt Leipzig dem Einigungsantrag des Schiedsgerichtes zu. Somit ist der nahezu drei Wochen währende Straßenbahnerstreik in Leipzig, der zu schweren Folgen im Wirtschaftsleben führte, beendet.

Eine Seifenfabrik in Kalbe niedergebrannt.

Kalbe, 7. Februar. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde die Seifenfabrik Juraß von einem Großfeuer heimgesucht, das das Unternehmen in kurzer Zeit vollkommen zerstörte. Der Schaden geht in die Millionen. Ueber die Entstehungsurache ist nichts bekannt. Ein in Kalbe von der betreffenden Firma um 3 Uhr vormittags telegraphisch aufgebener Hilferuf traf erst gegen 5 Uhr bei der Magdeburger Feuerwehrein. Da eine Hilfe von Magdeburg selbstens 6.30 Uhr in Kalbe eintreffen und zu diesem Zeitpunkt nach Lage der Sache keinen Nutzen mehr bringen konnte, mußte von einer Hilfeleistung der Magdeburger Feuerwehr abgesehen werden.

Zeitweise Schließung der Berliner Universität.

Berlin, 8. Februar. Die Universität mußte am Dienstag wegen Mangelns geschlossen werden. Am heutigen Mittwoch werden Vorlesungen nur in ganz beschränktem Umfang stattfinden.

Bereinsung der Unterelbe.

Cuxhaven, 8. Februar. Die Schiffahrt auf der Unterelbe ist durch Eis fast völlig lahmgelegt worden. Mehrere Dampfer liegen im Eise fest. Eisbrecher und Schlepper haben die größte Mühe, durch das Eis hindurchzukommen.

Bunte Zeitung

Bediene dich selbst!

Eine praktische Methode haben einige findige, junge Kaufleute in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeführt. Es handelt sich um ein Warenhaus, bezw. Ladengeschäft ohne Verkäufer, in dem die Parole lautet: Bediene dich selbst! In kleinen und großen Detailgeschäften, wo derartige Einrichtungen eingeführt werden, haben diese einen über alle Erwartungen großen Erfolg erzielt. Das

erste dieser Warenhäuser ohne Verkäufer wurde in Rochester, im Staate Newyork, einer Stadt von etwa 300 000 Einwohnern, errichtet und erregte durch seinen gewaltigen Erfolg bald allgemeine Aufmerksamkeit. Die erfolgreiche Neuerung war eine Selbstbedienungsabteilung, die keinerlei Bedienungspersonal außer einem Kassierer und einem Kontrolleur erforderte. Dadurch, daß die Warenpreise verringert werden konnten, erzielte das Geschäft natürlich einen erheblichen Ueberschuß. Die Einrichtung in diesen Häusern ist die denkbar einfachste. Ränge der Bände des Verkaufsaumes findet man Regale, die in Abteilungen eingeteilt sind. Jede Abteilung hat numerierte Fächer. Ein kleiner Katalog dient dem Käufer, der eine besondere Ware sucht, als Führer. In der Mitte des Ladens stehen Tische in regelmäßigen Reihen mit breiten Gängen dazwischen. Die Waren sind systematisch auf den Tischen und in den verschiedenen Regalen verteilt und jede Sorte ist mit einer Preistafel versehen. Die Käufer betreten die Abteilungen zur Linken durch eine Drehtür und bedienen sich besonderer Körbe, die am Eingange aufgestellt sind, und in die sie nun die von ihnen eigenhändig ausgelesenen Waren legen. Die Käufer verlassen den Raum zur Rechten wieder durch eine Drehtür, und jedem Käufer wird jetzt mit Hilfe einer schnell arbeitenden Additionsmaschine die Rechnung ausgestellt, die zusammen mit dem Geldbetrage dem Kassierer vorgelegt wird. Für jeden Ausgang sind nun ein Kontrolleur und ein Kassierer erforderlich. Neben diesen verkäuferlosen Geschäften ist in Amerika seit vielen Jahren das System der Warenautomaten viel weiter ausgebildet als bei uns in Deutschland. Die überaus günstigen Erfahrungen, die man dort damit gemacht hat, haben dann auch schon in verschiedenen Städten des europäischen Kontinents zur Nachahmung geführt.

Elektrizität aus der Erde.

Eine seltsame Mitteilung macht Arthur Schmaide in der Zeitschrift „Die Welt“. In dem kleinen Schmaide, eine Wegunde von Freyenstein in der Provinz, will ein einfacher Handwerker die Erfindung gemacht haben, Elektrizität zum Treiben eines Motors ohne Hilfe von Kohlen unmittelbar aus der Erde zu gewinnen. Sollte der Mann nicht sich selbst oder andere täuschen, so wäre das kleine Nest in der Provinz die Quellstätte einer Revolution, die jaht im rechten Augenblicke käme. Der Mann hätte seine Erfindung noch wie Papst den Nibelungenhort, und so müßten wir uns beschränken, den Motor aus ehrfurchtsvoller Entfernung anzustarren.

Spurlos verschwunden

sind alle Hühner eingezogen, a. Hausvorräte, wie Meissner, Finnen, (a) -tel. usw. d. en täglich en (a) -ber. der wien ec ten
Steckenpferd-Teerschwefel-Beise
v. Ber. mann & Co., Radebeul. Überall zu haben.